

**DER BUNDESMINISTER  
FÜR UNTERRICHT UND KUNST**  
Zl. 10.000/41-Parl/84

II-1877 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Wien, am 31. August 1984

870/AB

An die  
Parlamentsdirektion

1984 -09- 05  
zu 897/J

Parlament  
1017 W i e n

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 897/J-NR/84, betreffend Teilung des Bundesrealgymnasiums in Spittal/Drau die die Abgeordneten Dr. PAULITSCH und Genossen am 12. Juli 84 an mich richteten, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

ad 1)

Im gegenständlichen Fall handelt es sich nicht um eine Schulteilung, sondern um eine Verselbständigung eines Bundesoberstufenrealgymnasiums im Zusammenhang mit Überlegungen zur Neuorganisation der AHS in Spittal/Drau. Die selbständige Führung einzelner Formen bzw. Sonderformen der AHS orientiert sich grundsätzlich an organisatorischen, pädagogischen und örtlichen Bedingungen. Die Neuorganisation der AHS in Spittal/Drau zielt darauf ab, daß die 3 Hauptformen, nämlich Bundesgymnasium, Bundesrealgymnasium und Bundes-Oberstufenrealgymnasium als organisatorisch getrennte Anstalten geführt werden. Insbesondere das BORG bietet vor allem in ländlichen Bereichen mit einem sehr großen Einzugsgebiet, wie das im Bezirk Spittal/Drau der Fall ist, den Abgängern der Hauptschule die Möglichkeit des Besuches einer AHS. Diese Oberstufenrealgymnasien, meist isoliert oder in Standortgemeinschaft mit berufsbildenden Schulen wurden zum Großteil verselbständigt. Die Klassenzahl spielte bei Verselbständigungen, sofern die Lebensfähigkeit der Schule als erwiesen galt, eine eher untergeordnete Rolle.

- 2 -

ad 2)

Grundsätzlich darf zur Art der Genehmigung und dem Zeit-  
horizont festgestellt werden, daß es keine gesetzlichen  
Verfahrensvorschriften im Bereich der Schulerhaltung gibt.  
Es ist durchaus üblich, daß Fragen der Schulorganisation und  
Schulerrichtung über längere Zeiträume hin untersucht und er-  
örtert werden und Entscheidungen im Vorausweg bekanntgegeben  
werden. Im konkreten Fall wurde die Grundsatzentscheidung  
bezüglich der Neuorganisation von mir bereits im Feber 1984,  
also wenige Monate nach Antragstellung getroffen, sodaß im  
Anschluß daran intern die entsprechenden detaillierten Vor-  
kehrungen zur Durchführung getroffen werden konnten. Die  
Genehmigung mittels Telegramm stellt eine Vorinformation dar,  
um dem Landesschulrat die Möglichkeit der zeitgerechten  
Disposition zu geben. Die erlaßmäßige Erledigung wurde mittler-  
weile veranlaßt.

ad 3)

Da das Bundesoberstufenrealgymnasium bereits in vollem Umfang  
existiert, beschränkten sich die zusätzlichen Kosten auf  
folgende Faktoren:

- Personal: Leiter und anteiliges Sekretariat
- baulicher Aufwand: Umplanung im Rahmen der vorgegebenen  
Kubatur des Neubaus, daher zusätzliche Kosten  
nur in geringfügigem Umfang
- Sachaufwand: nur geringfügige zusätzliche Kosten, da das  
BORG bereits besteht.

ad 4)

Hinsichtlich der Zustimmung von seiten des Bundesministeriums für  
Unterricht und Kunst und Ausschreibung des Direktorpostens muß  
unterschieden werden zwischen der Genehmigung von mir und der  
schriftlichen Ausfertigung. Die Ausschreibung des Direktor-  
postens erfolgte im Einvernehmen mit dem Bundesministerium für  
Unterricht und Kunst und damit mit Zustimmung.

